

Landtagsdebatte zur Finanzkrise

Regierung: Kasse ist sicher Linke: Mehr Einfluss für Staat

Von Jens Schmidt



Zwei Strategen gehen unterschiedliche Wege: Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD, l.) will den Eigentümermix aus Landes-, Genossenschafts- und Privatbanken erhalten; Linke-Fraktionschef Wulf Gallert will, dass der Staat bei den Banken künftig mehr zu sagen hat. Foto: Uli Lücke

erwiesen habe.

Die Landeskasse ist nach Angaben des Finanzministers mit einem blauen Auge davongekommen: Lediglich drei Millionen Euro gingen bisher in der Finanzkrise verloren. In der Landtagsdebatte gestern forderte die Linke mehr staatlichen Einfluss im Bankenwesen. Die FDP mahnte, dass Fehler des Staates die Krise mitverursachten. Die CDU plädierte für straffere Zügel, sieht aber das System der sozialen Marktwirtschaft nicht in Frage gestellt.

Magdeburg. "Das Land ist zahlungsfähig", sagte Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD). Er betont, dass alle Investoren ihre Vorhaben umsetzen können: "Sparkassen, Geschäftsbund Genossenschaftsbanken verfügten über ausreichend Kapital. Die Fördermittel fließen kontinuierlich ab." Bullerjahn räumte ein, dass auch das Land Gelder in verschiedenen Fonds und Anleihen angelegt hat. "Nicht hochriskant, aber mit guten Renditeaussichten." Er warb um Verständnis, dass auch eine Landeskasse höherverzinsliche Anlageformen nutzt: "Bei Millionen- und Milliardenbeträgen zählt bei der Rendite auch die Zahl hinterm Komma." Die Anlagen wurden auf 40 Banken breit gestreut. Darunter war aber auch das pleite gegangene Lehman Brothers Bankhaus. Die Termingelder über 22 Millionen Euro seien aber über den Einlagensicherungsfonds gerettet. Allein beim Altlastenfonds verursachte die Lehman-Pleite einen Verlust von knapp drei Millionen Euro. Bullerjahn hob hervor, dass das auf drei Eigentümssäulen stehende deutsche Bankensystem – öffentlich, genossenschaftlich, privat – sich als recht satbil

Die Linke plädierte für stärkeren staatlichen Einfluss. "Wenn der Staat schon Milliarden-Bürgschaften gibt, dann muss er auch was zu sagen haben", forderte Fraktionschef Wulf Gallert. "Wenn der Staat mit Geld reingeht, dann muss er auch konsequent übernehmen." Andernfalls gingen die Banken nach Abflauen der Krise "wieder zur Tagesordnung" über. FDP-Fraktionschef Veit Wolpert entgegnete: "Ich ärgere mich zwar auch, fordere aber keinen Radikalenerlass gegen Banken." Wolpert führte ins Feld, dass schließlich schwere staatliche Fehler die Krise mitverursacht hatten: So haben die USA ein Programm aufgelegt, bei dem Menschen zu Wohneigentum kamen, die nie in der Lage gewesen seien, Zins und Tilgung zurückzuzahlen. Nicht zuletzt seien auch staatliche Banken mit staatlicher Aufsicht vor Fehlern nicht gefeit, wie die in den Strudel geratenen IKB, Sachsen- und Bayernbank zeigten.

Im Gegensatz zur Linken, die die schwerste Systemkrise der vergangenen Jahrzehnte ausmachte, sieht die CDU das System nicht in Frage gestellt. Fraktionschef Jürgen Scharf: "Es haben einige Leute und auch einige Regeln versagt – nicht aber die soziale Marktwirtschaft." Guido Henke (Linke) meinte aber. "Gier ist keine Managerkrankheit, sie ist systembedingt." Zudem kritisierte die Linke die Finanzpolitik, die für soziale Ausgaben keine neuen Kredite akzeptiert, bei krachenden Banken aber sofort mit Bürgschaften bereitsteht. Scharf widersprach: "Wenn der Staat jetzt bürgt, muss er morgen nicht zahlen." Bürgschaften würden nur in seltenen Fällen tatsächlich in Anspruch genommen.

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2008

Dokument erstellt am 10.10.2008 um 06:00:40 Uhr

Erscheinungsdatum 10.10.2008 | Ausgabe: mdx